

PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN  
2300 KIEL · LANDESHAUS · TELEFON (04 31) 59 61 · TELETEX 431 543

21-8-1987 Sperrfrist: Montag, den 24. August 1987, 11.00 Uhr

Uwe Barschel: Anteil der Windenergie an der Energieversorgung  
wesentlich stärken!

---

Auf die führende Rolle Schleswig-Holsteins bei der Nutzung der Windenergie wies Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel anlässlich der Inbetriebnahme des Windenergieparks Westküste am 24. August 1987 im Kaiser-Wilhelm-Koog hin. Uwe Barschel würdigte diesen ersten deutschen Windenergiepark in der Bundesrepublik Deutschland als einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg, verstärkt erneuerbare Energieträger zur Energieversorgung heranzuziehen.

Er sagte, der Windenergiepark Westküste sei ein Ergebnis der langfristigen angelegten, stetigen und berechenbaren Energiepolitik des Landes Schleswig-Holstein, die entsprechend einer nüchternen Bewertung ihrer Vorteile, aber auch ihrer Nachteile alle Energieträger nutze: Kohle und Kernenergie, Öl und Gas, Fernwärme und erneuerbare Energien. Diese Politik habe Erfolge gebracht, an denen alle Schleswig-Holsteiner teilhätten:

- Energie sei preisgünstiger geworden. Öl- und Gaspreise seien gesunken.
- Die Umweltbelastung aus der Energieerzeugung und dem Energieverbrauch sei reduziert worden.
- Energie werde sparsamer und rationeller genutzt. Seit 1978 habe das Land über 140 Millionen DM für Maßnahmen zur rationelleren und sinnvolleren Energieanwendung bereitgestellt.

Schleswig-Holstein habe die Windenergie, die hier aufgrund der klimatischen Verhältnisse reichlich vorhanden sei, mit aktiver Politik gefördert. So habe das Land die schleswig-holsteinischen Hersteller von Windenergieanlagen bei der Entwicklung ihrer Anlagen unterstützt. Das Land habe sich mit Erfolg beim Bund dafür eingesetzt, daß im Rahmen eines Demonstrationsprogramms geförderte Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein errichtet worden seien. Aus einem landeseigenen Programm

seien weitere Windkraftanlagen gefördert worden. Für weitere Projekte werde das Land ab 1988 Haushaltsmittel in Höhe von 11 Millionen DM bereitstellen.

Mit einer Bundesratsinitiative wolle Schleswig-Holstein erreichen, daß die steuerlichen Abschreibungen für Windenergie-, Solar- und Biogasanlagen von 10 Prozent auf 25 Prozent und daß die Investitionszulage für diese Anlagen von 7,5 auf 20 Prozent erhöht würden.

Uwe Barschel sagte abschließend, er gebe sich mit der allgemeinen Prognose, nach der die Windenergie im Jahre 2000 einen Anteil von 0,5 Prozent am Primärenergieverbrauch haben werde, nicht zufrieden: "Ich möchte für Schleswig-Holstein weitergehen: Bis zum Jahr 2000 sollte die Windenergie zum Stromverbrauch in Schleswig-Holstein einen Beitrag von rund 2,5 Prozent leisten. Schleswig-Holstein sollte die allgemeine Prognose um das fünffache übertreffen. Dieses hochgesteckte Ziel können wir nur erreichen, wenn alle Beteiligten, Hersteller und Verbraucher, Gemeindevertretungen und Nachbarn, Energieversorgungsunternehmen, Bund und Land sich mit allen Kräften dafür engagieren. Das Land Schleswig-Holstein ist dazu bereit."